

Niederschrift
der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 17.10.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:20 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

Mitglieder

Herr Christian Binder
Herr Jan Gottschling
Herr Ulrich Grösser
Herr Stefan Nachtwey
Herr Jürgen Suhr

Vertreter

Herr André Meißner
Herr Bernd Röll

Vertretung für Herrn Stefan Bauschke
Vertretung für Frau Ute Bartel

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Heike Benz
Herr Oliver Dillmann
Frau Kirstin Gessert
Herr Wolfgang Sund
Frau Kristina Wilcke
Herr Ekkehard Wohlgemuth

Gäste

Herr Peter Sobottka

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 12.09.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Gebietsänderungsvertrag Kramerhof - Stralsund
Vorlage: B 0058/2019

- 3.2** 1. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund um die inkommunalisierten Flächen des Strelasundes und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0052/2019
- 3.3** Zweite Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0042/2019
- 3.4** Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Stralsund über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: B 0043/2019
- 3.5** Finanzierung Nationale Projekte des Städtebaus, Hansakai
Vorlage: B 0056/2019
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Anlegen einer Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle "Voigdehäger Weg"
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied
Vorlage: AN 0149/2019
- 4.2** Errichtung Wartehäuschen an der Haltestelle Blütenweg
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0076/2019
- 4.3** Bepflanzung und Müllbehälter für Knieper West
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0089/2019
- 4.4** Grundstücksbebauung durch städtische Gesellschaften
Einreicher: Peter van Slooten, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0035/2019
- 4.5** Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Lastovka, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Gemäß § 28 Abs.2 KV MV verpflichtet Herr Lastovka Herrn Christian Binder auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung der Hansestadt Stralsund durch Handschlag.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 12.09.2019

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 12.09.2019 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Gebietsänderungsvertrag Kramerhof - Stralsund Vorlage: B 0058/2019

Herr Suhr erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Regionalen Einzelhandelskonzept für den Stadt-Umland-Raum.

Frau Gessert führt aus, dass der Entwurf im Internet eingesehen werden konnte. Die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme war vermutlich der 14.10.2019. Bisher gab es diesbezüg-

lich keine Rücksprache. Nach Ende der Beteiligung erfolgt die Sichtung und Prüfung der Stellungnahmen. Nach Prüfung, welche Sachverhalte ggf. im Konzept berücksichtigt werden müssen, wird eine Abwägung erarbeitet. Das Konzept soll bis Ende des Jahres fertiggestellt werden und dann einschließlich der Abwägung den Gremien vorgelegt werden. Frau Gessert schätzt, dass das Konzept der Bürgerschaft im März 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Die Stellungnahmen liegen der Verwaltung derzeit nicht vor.

Herr Röhl schlägt vor, den Gebietsänderungsvertrag zurückzustellen, bis über die Erweiterung des Strelaparks abgestimmt worden ist.

Herr Gottschling spricht sich gegen eine Verzögerung aus, da es für die Hansestadt neben der Erweiterung des Strelaparks vor allem um die Gewinnung von Bauflächen geht und diese würde die Stadt mit Abschluss des Vertrages erhalten.

Herr Lastovka stellt die Vorlage B 0058/2019 wie folgt zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0058/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 1 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3.2 1. Ergänzung des Flächennutzungsplanes der Hansestadt Stralsund um die inkommunalisierten Flächen des Strelasundes und Anpassung des dem Flächennutzungsplan beigeordneten Landschaftsplanes, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0052/2019

Herr Dillmann geht auf den Inhalt der Vorlage ein. Der vorliegende Entwurf wird im nächsten Schritt öffentlich ausgelegt.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur Vorlage.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0052/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3.3 Zweite Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0042/2019

Frau Wilcke erklärt, dass es lediglich geringe Änderungen im Reinigungsklassenverzeichnis gegeben hat.

Herr Röhl schlägt eine Änderung in der Satzung vor, und zwar soll in einer neuen Reinigungs-kategorie der Winterdienst in der gesamten Breite der Fußgängerzone in der Altstadt erfasst werden. Die Hauseigentümer sollen eine höhere Gebühr bezahlen, aber keinen Winterdienst mehr machen müssen. Herr Nachtwey erklärt, dass der Vorschlag nicht umsetzbar ist, da bei einsetzendem Schneefall ein Räumfahrzeug hin und her fahren muss, die Gewerbetreibenden aber verpflichtet sind dafür zu sorgen, dass keine Passanten vor den Ladengeschäften stürzen.

Herr Röhl stellt klar, dass sein Vorschlag dahingeht, dass die Gewerbetreibenden in der Fußgängerzone gar keinen Winterdienst mehr machen und diesen komplett die Stadt übernimmt. In anderen Städten wird schon so verfahren.

Frau Wilcke erklärt, dass dies vor allem eine Frage der Mehrkosten sei.

Herr Suhr geht davon aus, dass der Vorschlag für dieses Jahr sowieso nicht mehr umzusetzen ist, bittet aber ihn zu prüfen und zu schauen, wie der Winterdienst in anderen Städten geregelt ist.

Herr Lastovka regt in Richtung Herrn Röhl an, einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft einzureichen.

Herr Lastovka stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0042/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3.4 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Stralsund über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: B 0043/2019

Herr Suhr bittet Frau Wilcke um Ausführungen zur Kostenentwicklung. Frau Wilcke verweist auf die Anlagen der Vorlage, in denen die Kosten aufgeführt sind. Die Kostensteigerung erklärt sich aus den tatsächlichen Reinigungskosten der letzten Jahre.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur Vorlage.

Herr Lastovka stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0043/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.5 Finanzierung Nationale Projekte des Städtebaus, Hansakai
Vorlage: B 0056/2019**

Frau Wilcke erklärt, dass die Voraussetzung für den Zuwendungsbescheid der gesicherte Eigenanteil der Stadt ist. Mehr beinhaltet die Vorlage nicht.

Herr Lastovka stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung empfiehlt der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund, die Vorlage B 0056/2019 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

**zu 4.1 Anlegen einer Querungshilfe im Bereich der Bushaltestelle "Voigdehäger Weg"
Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied
Vorlage: AN 0149/2019**

Frau Wilcke teilt mit, dass für eine Querrungshilfe im Voigdehäger Weg eine Lösung gefunden werden konnte, hierfür aber noch Abstimmungen mit dem VVR notwendig sind. Diese Abstimmungen erfolgen in der nächsten Woche.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, dass Thema in der nächsten Sitzung erneut zu beraten.

zu 4.2 Errichtung Wartehäuschen an der Haltestelle Blütenweg
Einreicher: Mathias Miseler, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0076/2019

Frau Wilcke erklärt, dass die Errichtung eines Buswartehäuschens im Blütenweg möglich ist. Eventuell erfolgt die Aufstellung zumindest eines Fahrgastunterstandes noch in diesem Jahr. Der Verwaltung liegt eine Übersicht vor, an welchen Haltestellen im Stadtgebiet Fahrgastunterstände vorhanden sind. Momentan wird vom Landkreis eine Übersicht im Hinblick auf Barrierefreiheit der Haltestellen erarbeitet, daraus lässt sich auch der Bedarf für weitere Haltestellen ableiten. An den wichtigsten Haltestellen sind bereits Fahrgastunterstände vorhanden.

Auf Nachfrage erklärt Frau Wilcke, dass mit der Zusammenstellung des Landkreises im nächsten Jahr zu rechnen sein sollte, da auch die Stadtverwaltung diese Daten benötigt, um Vorgaben zur Barrierefreiheit umsetzen zu können. Ein- und Ausstiegswahlen an den einzelnen Haltestellen müssen beim VVR abgefragt werden.

Herr Lastovka bittet darum, dem Ausschuss die Übersicht über die Haltestellen im Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen und beim Landkreis die Fahrgastzahlen abzufragen.

Der Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen erneut beraten.

zu 4.3 Bepflanzung und Müllbehälter für Knieper West
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0089/2019

Herr Suhr erklärt, dass der Antrag deshalb gestellt worden ist, weil sich Bürger darüber beschwert haben, dass in Knieper West in erheblichem Maße Büsche und Bäume zurückgenommen worden sind. Der Antrag soll dazu dienen zu eruieren, ob es möglich ist, dort wieder Anpflanzungen vorzunehmen.

Frau Benz zeigt an Hand einer Karte, dass es im gesamten Stadtgebiet viele große Grünflächen gibt.

Frau Benz erklärt, dass Verkehrsflächen wie in der Herrmann-Burmeister-Straße oder Friedrich-Wolf-Straße sehr unterschiedliche Anforderungen erfüllen müssen. Grün ist ein Teil davon, tritt aber eher in den Hintergrund.

Mit Hilfe eines Straßenquerschnitts verdeutlicht Frau Benz, was eine Verkehrsfläche leisten muss. Wege, genauso wie die Straße müssen freigehalten werden, ebenso Straßenübergänge. Außerdem wurde die Sicherheitsproblematik immer wieder angesprochen. Beim Straßeüberqueren will man gesehen werden, es soll keine Angsträume geben und das Auto soll sicher abgestellt werden können. Auch die Pflegeanforderungen spielen eine Rolle. Die Pflanzflächen waren so tief in ihrer Ausprägung, dass eine vernünftige Pflege nicht mehr möglich war (Beseitigen von Müll).

Jetzt ist der Pflegeaufwand geringerer und die Müllablagerung haben sich deutlich reduziert. Am 17.10.2019 fand eine Begehung mit den Wohnungsgesellschaften statt, hier wurde mitgeteilt, dass die Einbrüche in und Beschädigungen an Pkw deutlich zurückgegangen sind. Frau Benz erklärt weiter, dass die Bäume die gefällt wurden, 1:2 ersetzt wurden. Außerdem

wurden Heckenpflanzungen in dem Bereich vorgenommen. Der Grünbestand wurde dem Straßenraum und der Verkehrsfläche angemessen angepasst. Bei der Umgestaltung wurde differenziert geschaut, welche Bepflanzungen entfernt werden müssen und welche erhalten bleiben können.

Herr Suhr fragt nach, ob es richtig ist, dass es aufgrund der nun fehlenden Hecken weniger Straftaten an Pkw gibt. Frau Benz bestätigt dies als einen positiven Punkt. Herr Suhr möchte wissen, ob diese Aussage bei der Polizei überprüft worden ist, wenn nicht bittet er dies zu tun. Weiter fragt Herr Suhr, ob geprüft worden ist, welche Auswirkungen es auf die Artenvielfalt im städtischen Raum hat, wenn Bäume und Büsche in diesem Umfang entfernt werden. Außerdem ist Herrn Suhr nicht klar, wie Büsche in einem klassischen Wohngebiet eine Verkehrsgefährdung darstellen können. Er geht davon aus, dass die Büsche und Sträucher eher dazu beitragen, dass die Verkehrsteilnehmer vorsichtiger fahren. Herr Suhr spricht sich vehement dafür aus, dass dort, wo früher Gehölze gestanden haben, auch wieder welche angepflanzt werden. Diese müssen ordentlich gepflegt werden, um dann den Müll aus den Büschen entfernen zu können.

Frau Benz sagt zu, sich in Bezug auf die Diebstähle und Beschädigungen an Autos bei der Polizei zu erkundigen.

Hinsichtlich der Artenvielfalt wurde keine Prüfung vorgenommen.

Im Straßenraum sind nicht nur Rasenflächen, sondern auch artenreiche Blühwiesen vorhanden.

Es gab Hinweise von Bürgern, dass diese wegen der eingeschränkten Sichtverhältnisse durch die Büsche/Bäume Schwierigkeiten haben, die Straße gefahrlos zu betreten, so dass die Verwaltung handeln musste.

Herr Sobottka sieht die Maßnahmen der Verwaltung in Knieper West positiv. Er bestätigt, dass viele Menschen sich sicherer fühlen, seit die Büsche entfernt worden sind. Die Gehölze, die noch vorhanden sind, können auch entsprechend gepflegt werden.

Herr Haack äußert sich ebenfalls positiv zu den durchgeführten Maßnahmen.

Auf die Nachfrage von Herrn Gottschling antwortet Herr Suhr, dass es um das zusätzliche Aufstellen von kleinen Müllbehältern geht, die für jeden zugänglich sind.

Herr Suhr geht noch einmal auf die entfernten Bäume und Sträucher ein. Dieses Entfernen hat zu einem Biodiversitätsverlust geführt. Er fragt, wo und in welchem Umfang durch die Verwaltung Blühwiesen angelegt worden sind. Es sollten auch in den Wohngebieten mehr Angebote für Flora und Fauna geschaffen werden.

Frau Benz sagt zu, eine Übersicht über Blühflächen zur Verfügung zu stellen.

Frau Benz betont, dass es sich hier um Verkehrsflächen handelt, die deutlich anders zu behandeln sind als Rand- oder Grünflächen. Auch auf den Flächen der Wohnungsunternehmen sind die Bepflanzungen deutlich zurückgegangen, auch wegen der Kosten, die dadurch verursacht werden.

Die Standorte der Papierkörbe sind mit entsprechenden Hinweisen veränderbar, auch wenn grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass im Stadtgebiet ausreichend Müllbehälter vorhanden sind.

Herr Sobottka spricht sich auch für mehr Papierkörbe aus, beispielsweise grundsätzlich am Ende eines Wohnblocks. Einige Mülleimer sind durch die Wegnahme der Büsche wieder sichtbar geworden.

Herr Lastovka stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Abstimmung: 2 Zustimmungen 6 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 4.4 Grundstücksbebauung durch städtische Gesellschaften
Einreicher: Peter van Slooten, SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0035/2019

Herr Röhl geht auf den Antrag ein.

Herr Sund erklärt, dass mit den beiden Wohnungsgenossenschaften und der SWG vereinbart ist, dass ihnen bekanntgegeben wird, sollte die Stadt größere Objekte zur Wohnbebauung verkaufen. Alle Gesellschaften können sich an der Ausschreibung beteiligen. Die Bürgerschaft entscheidet durch Beschluss, wer den Zuschlag erhält. Die LEG ist bei allen Objektvergaben beteiligt, ist aber momentan gut ausgelastet durch die laufenden Projekte. Herr Röhl schlägt vor, die Flächen gar nicht erst auszuschreiben, sondern entsprechende Objekte durch städtische Gesellschaften entwickeln zu lassen. Generell soll vor jedem Verkauf geprüft werden, ob eine städtische Gesellschaft die Fläche entwickeln kann.

Durch Ausschreibungen sollen möglichst viele Interessenten angesprochen werden und auch vielfältige Objekte und Projekte entstehen.

Herr Haack fragt, ob eine Ausschreibung generell nötig ist. Er schlägt vor, sollte die SWG an einem Grundstück interessiert sein, dieses durch einen Gutachter schätzen zu lassen und dann das Grundstück zu dem ermittelten Preis an die SWG zu verkaufen. Bei einer Ausschreibung müssten die städtischen Gesellschaften eventuell auch hoch bieten, um den Zuschlag zu erhalten.

Nach Kenntnis von Herrn Suhr wird nicht jeder Verkauf ausgeschrieben, er erfragt, nach welchen Kriterien ausgeschrieben wird.

Herr Sund erklärt, dass Flächen, die von der Stadt verkauft werden, in der Regel ausgeschrieben werden. Es sei denn, es handelt sich um Kleinst- und Arrondierungsflächen oder Flächen innerhalb eines Gewerbegebiets an Gewerbetreibende. Wenn die Bürgerschaft beschließt, dass nicht der Höchstbietende den Zuschlag erhält, sondern das städtische Unternehmen, ist dies zulässig, der Verkauf der Fläche muss dann mindestens zum Bodenrichtwert erfolgen.

Herr Wohlgemuth ergänzt, dass es möglich ist und auch gängige Praxis, dass die Stadt Flächen an eine 100%ige Gesellschaft ohne Ausschreibung verkauft. Als Beispiel nennt er B-Plan 64 und 65.

Den Antrag zu beschließen, würde an der bisher gängigen Praxis nichts ändern.

Herr Lastovka stellt den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, den Antrag AN 0035/2019 wie vorliegend zu beschließen:

Der Antrag wird der Bürgerschaft zur Behandlung übergeben.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 4.5 Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018

Frau Wilcke erklärt, dass die Hauseigentümer Anfang des Jahres angeschrieben wurden, bisher haben sich aber nur 50% davon zurückgemeldet. In der Zwischenzeit wurden die Eigentümer erneut angeschrieben, mit einer entsprechenden Erläuterung des Vorhabens betreffend. Es wurden der minimale Aufwand und der Nutzen beschrieben.

Auf den Einwand von Herrn Lastovka antwortet Frau Benz, dass auch die Herstellung des Stromanschlusses in den Schreiben erläutert wurde.

Der bisherige Rücklauf ist positiv, reicht aber nicht aus, um eine vernünftige Abdeckung zu ermöglichen, noch gebe es zu große Lücken in der Beleuchtung.

Herr Röhl schlägt vor, dass Amt 80 oder der Stadtmarketing Verein mit den Hauseigentümern spricht.

Frau Benz geht davon aus, dass das nochmalige Anschreiben der Hauseigentümer eine positive Reaktion hervorrufen wird.

Auf Nachfrage erklärt Frau Benz, dass das Vorhaben schon aus haushaltstechnischen Gründen frühestens 2020 umgesetzt werden kann.

Das Thema wird erneut im Ausschuss beraten, wenn die Rückmeldung der Hauseigentümer erfolgt ist.

zu 5 Verschiedenes

Herr Sobottka spricht die ehemalige Krippe in Knieper West an, das Gebäude ist inzwischen eine Ruine.

Herr Sund erklärt, dass das Objekt mehrfach ausgeschrieben wurde. Der erste Käufer hat das Objekt aus persönlichen Gründen an die Stadt zurückgegeben. Bei einem zweiten Verkauf wurde von Seiten der Stadt versäumt, eine entsprechende Regelung zur Bauverpflichtung in den Vertrag aufzunehmen. Der jetzige Eigentümer sieht sich momentan nicht in der Lage, das Objekt zu entwickeln. Die Stadt hat keine Handhabe mehr, es sei denn, von dem Gebäude geht eine Gefahr aus.

Unter anderem dieser Fall hat dazu geführt, dass die Stadt bei ähnlichen Verkäufen im Vertrag eine Bauverpflichtung mit einer Rückauffassungsvormerkung verankert.

Herr Suhr erkundigt sich, ob es stimmt, dass es einen Kompromiss zwischen der Landesforst und der Stadt in Bezug auf eine 10.000m² große Gewerbefläche gibt, die als Wald eingestuft wurde und gegen eine Ausgleichszahlung jetzt wieder als Gewerbefläche genutzt werden darf.

Herr Wohlgemuth bestätigt, dass es sich um eine Fläche im Gewerbegebiet südlich der Rosocker Chaussee handelt, bei dem das Forstamt einer Waldumwandlung gegen eine Ausgleichszahlung zugestimmt hat.

Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf besteht, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Herr Lastovka schließt die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Hendrik Lastovka
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung